

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 38 (1962-1963)
Heft: 17

Artikel: Zur Atom-Initiative II vom 26. Mai 1963
Autor: Riedi, E.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-707339>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gebildet. Bei den direkt in die Offizierschule aufgebotenen Soldaten handelt es sich um Berufsleute der PTT-Verwaltung, die aus ihrer zivilen Tätigkeit die wesentlichen Voraussetzungen für ihren Einsatz als Feldtelegraphen- und Feldtelephonoffiziere mitbringen.

Unteroffiziere und Soldaten, die zur Weiterausbildung zum Eisenbahnoffizier vorgesehen sind, werden in einer Offizierschule des Transportdienstes in der Dauer von 41 Tagen ausgebildet. Bei diesen Soldaten handelt es sich ebenfalls um qualifizierte Fachleute der Bahnverwaltungen.

Unteroffiziere, die in eine Offizierschule der Reparaturtruppen einberufen werden, haben den allfällig verlangten technischen Dienst gemäß den Vorschriften über die besondere technische Ausbildung von Unteroffizieren und Soldaten nicht zu bestehen.

Von Interesse ist schließlich noch die Bestimmung, daß die Offizierschüler im Jahr des Bestehens der Offizierschule keinen Wiederholungskurs zu leisten haben, da dieser in der Offizierschule inbegriffen ist. Ein als Korporal im Jahr der Offizierschule zu viel geleisteter WK kann im folgenden Jahr abgezogen werden.

Zur Atom-Initiative II vom 26. Mai 1963

Von Major i. Gst. E. Riedi,
z. Zt. Hamburg

Die Atominitiative II ist eine Folge der Atominitiative I. Sie versuchte der letzteren den Wind aus den Segeln zu nehmen und ihrer für die Zukunft unserer Landesverteidigung so gefährlichen Ausschließlichkeit (Verbot jeder Art atomarer Bewaffnung für alle Zeiten) einen «milderen» Vorschlag entgegenzusetzen, wohl in der Meinung, dieser sei geeignet, die beiden gegensätzlichen Lager zusammenzuführen. Der Verlauf der Ereignisse war nun so, daß am 1. April 1962 Volk und Stände mit realem Sinn für Tatsachen die erste Initiative wuchtig verwarfen. Infolgedessen kommt nun die Initiative II zum Zuge. Ihre Urheber hätten sie schlußendlich gerne zurückgezogen und boten dazu den Kompromiß des fakultativen Referendums für alle Entscheidungen bezüglich der atomaren Ausrüstung der Armee an. Bundesrat und eidg. Räte gingen in ihrer großen Mehrheit nicht darauf ein, rufen innert gut Jahresfrist zum zweiten Urnengang über dieselbe Materie auf und empfehlen Volk und Ständen eindringlich auch die Variante II zu verwerfen. Dieser Entschluß ist zu begrüßen. Denn dadurch wird auch in der Frage der Zuständigkeit über eine eventuell zukünftige Ausrüstung unserer Armee mit atomaren Waffen endlich Klarheit geschaffen.

Worum geht es eigentlich in der Atominitiative II? Es handelt sich um eine

Kompetenzfrage. Nach bisherigem Recht (Art. 87 MO) ist das Parlament für alle Entscheidungen, die Bewaffnung und Ausrüstung der Armee betreffen, allein zuständig. Dieses Verfahren ist zweckmäßig und hat sich bis heute sehr bewährt. Die Befürworter der Atominitiative II hingegen wollen alle Fragen, die sich auf die atomare Ausrüstung der Armee beziehen, aus der Kompetenz der eidg. Räte ausklammern und dem obligatorischen Volksentscheid unterstellen. Mit diesem Unterfangen, das sei festgehalten, wird im Gegensatz zur ersten Initiative die Zukunft unserer Armee nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Aber es wird Sand ins Getriebe gestreut. Von welcher Art sind nun diese Sandkörner? Solche Fragen dem Volksentscheid zu unterstellen, birgt die Gefahr in sich, daß nach polemischen und somit unsachlichen Gesichtspunkten entschieden werden könnte. Im weitern sind gerade Ausrüstungs- und Bewaffnungsfragen Dinge, die oft eingehende Kenntnis technischer Gegebenheiten als Voraussetzung eines zweckmäßigen Entscheides bedingen. Eine derartig ausführliche Diskussion und Verbreitung in der Öffentlichkeit wäre, abgesehen von andern Schwierigkeiten, oft unzulässig infolge der Geheimhaltungspflicht. Man stünde also immer wieder vor dem Dilemma, das Volk genügend aufgeklärt zur Urne bemühen zu müssen, oder die öfters notwendige Geheimhaltung ganz oder teilweise aufzugeben. Und schließlich würde durch derartige obligatorische Volksentscheide ein gefährliches Element der zeitlichen Verzögerung in die rechtzeitige Anpassung des Ausrü-

stungsstandes unserer Armee an zeitgemäße Gegebenheiten hineingetragen. Nehmen wir zur Illustration das Beispiel des Sturmgewehrs. Seine Einführung wurde im Dezember 1956 zum Beschluß erhoben. Wo stehen wir heute, im Frühjahr 1963, also nach fast 6½ Jahren? Darüber kann sich jeder Interessierte selbst ein Bild machen. Sicher ist, daß die Ausrüstung der Armee mit dem Sturmgewehr nach gut 6 Jahren noch nicht abgeschlossen ist. Und dem Einführungsbeschluß von 1956 gingen erst noch Jahre der Erprobung voraus, so daß man ohne Uebertreibung folgern darf, die Einführung neuer Waffen, bis zu dem Zeitpunkt in dem die Armee mit ihnen umzugehen weiß, erheische 7–10 Jahre. Diese Feststellung hat zur Konsequenz, daß zeitgerechte Entscheide in militärischen Ausrüstungsfragen etwa 7–10 Jahre vor der gewünschten Verwendung gefällt werden sollten. Wird aber das Volk 1970 klar erkennen können und sich auch damit befassen wollen, was seiner Armee 1977 bis 1980 ausrüstungsmäßig nottut?

Und gerade hier suchen die Initianten, wenn auch vielleicht nicht alle, aber sicher die Anhänger der verworfenen Atominitiative I, ihre letzte Chance, eine allfällig notwendig werdende atomare Bewaffnung unserer Arme zu hintertreiben. Das angestrebte Ziel ist geblieben, nur das umgehängte Mäntelchen ist harmloser geworden. Auch abstimmungspolitische Gesichtspunkte sprechen gegen «eine Erweiterung der Volksrechte» in dieser delikaten Einzelfrage. Ubersieht man ein wenig die Zahlen der Stimmbeteiligung, so bekommt man nicht den Eindruck,



Das Gesicht des Krieges

Vor fünfzehn Jahren tobte der Krieg im Heiligen Land. Der eben gegründete Staat Israel hatte von der ersten Stunde an um seine Unabhängigkeit zu kämpfen. An Menschen und Waffen hoffnungslos unterlegen, stritten die Israeli mit heroischer Tapferkeit und siegten. Unsere Aufnahme zeigt die Besatzung eines israelischen Panzerautos bei der Entgegennahme von radiotelephonischen Weisungen. Photopress

das Volk verlange dringend nach weiteren Möglichkeiten zu Urnengängen. Und endlich, das sei auch nicht verschwiegen, haben Bundesrat und eidgenössische Räte diesen Entzug des Vertrauens nicht verdient, gerade nicht in einer Angelegenheit von so besonderer Natur.

Man mag dem Gesagten entgegenhalten, das Volk wolle gewiß nicht seiner Armee eine notwendig gewordene Anpassung an die moderne Technik versagen, vor allem dann nicht, wenn die Arglist der Zeit es dringend erfordere. Dieses Argument trifft wohl zu, erinnern wir uns nur an das Aufflackern des Widerstandswillens in weitesten Schichten unseres Volkes anlässlich der Ereignisse im Herbst 1956. Dürfen wir aber erwarten, daß jede zukünftige Bedrohung unserer Unabhängigkeit durch dunkle Gewitterwolken uns rechtzeitig wachrüttelt und mahnt der Armee das zu geben, was sie für ihre Aufgabe braucht? Und rechtzeitig würde bedeuten 7–10 Jahre vor dem allfällig notwendigen Gebrauch!

Man kann sich fragen, warum überhaupt erhitzt dieses Problem einer atomaren Ausrüstung unserer Armee in so außerordentlichem Maße die Gemüter? Denn vorläufig ist ja alles theoretisch, noch unbestimmt, ob unsere Armee diesen Schritt einmal tun und noch viel fraglicher, wann sie ihn tun müsse. Auch, oder gerade unter dieser Sicht, wäre es eigentlich vernünftig, mit Vertrauen dem Parlament zu überlassen, was ihm von Gesetzes wegen auch zukommt, nämlich zu bestimmen, in welcher Zukunft und ob überhaupt atomare Waffen einzuführen wären. Sicher werden die eidgenössischen Räte weder einen übereilten noch unzweckmäßigen Beschluß fassen. Das aber wollen die Initianten nicht. Im Gegenteil, der Stimmbürger wird von verschiedensten Seiten psychologisch unter Druck gesetzt. Er habe nicht einen einfachen Verfahrensentscheid, sondern im Grunde genommen, einen Entscheid von weltweiter und grundsätzlicher Bedeutung zu fällen: Um Aechtung oder Ausbreitung der Atomwaffen auf dieser Erde gehe es, und die ganze Welt blicke in dieser Stunde auf ihn, sein Ja oder Nein könne richtunggebende Bedeutung erlangen. Um die Gemüter noch mehr zu verwirren, dazu müssen Schlagwörter herhalten, wie «Tod dem Atomtod», «Lieber rot als tot», «Keine Hiroshimabomben», «Niemand Offensivwaffen». Solcher Art sind die Sandkörner, die man dem Stimmbürger in die Augen streut. Derartigen Verzerrungen ist klar und deutlich entgegenzustellen, daß niemand bei uns die Einführung von Hiroshimabomben vertritt, denn ihre Anwendung bedeutet Terror, und Atomterror lehnen wir alle zu Recht ab. Die Gegner beider Atominitiativen lehnen es ganz einfach ab, heute, da alles noch im Fluß und somit nicht genau überschaubar ist, durch grundsätzliche Verbote oder erschwerende Einengungen einer vielleicht zwangsläufigen Entwicklung vor-

zugreifen. Sie meinen, es könnte eine technische Richtung auf diesem Gebiet Platz greifen, die auch von uns die Einführung taktischer Atomwaffen zur Erhöhung unserer Feuerkraft als Notwendigkeit erheischt, sofern wir gewillt sind, mit der Modernisierung anderer Armeen Schritt zu halten und Wert darauf legen, daß man im Ausland auch in Zukunft unser Heer noch als ernstzunehmendes Instrument unseres Verteidigungswillens gelten lasse. Deshalb, und nicht weil sie Freude am atomaren Krieg haben, verwarfen sie die Atomverbotsinitiative und nehmen auch logischerweise Stellung gegen ihre Nachfolgerin, da sie zum Ziele hat, einen bisher bewährten Instanzenweg zu komplizieren. Es ist in dieser Zeitschrift wohl gegeben, kurz auf die Frage einzutreten, was unter taktischen Atomwaffen verstanden wird. Es handelt sich um Atomsprengekörper kleineren Kalibers, die aus Art.-Geschützen, von Raketenwerfern, sogar mit Mw. verschossen werden können. Der heutige Stand ist so, daß kleinere Atomsprengekörper mit Feldkanonen und Haubitzen vom Kaliber 15–21 cm und auf Distanzen von 10–30 km ins Ziel gebracht werden können. Im Einsatz ist schon ein kleineres Geschütz, auf Jeeps montiert, mit einer Reichweite von 2–5 km. Die von der Wirkung dieser kleinkalibrigen Atomgeschosse erfaßte Fläche schrumpft von etwa 1 km² bis auf ein Geviert von wenigen hundert Metern Seite. Ein einziges Atomgeschütz kann somit, nach einem groben Anhalt, etwa die Feuerkraft von 1–2 Rgt. bisheriger Artillerie erreichen oder gar übertreffen. Diese Tatsache würde die Armee jedes Kleinstaates in die Lage versetzen, seine gegenüber einem Angreifer immer zu geringe Feuerkraft erheblich wirksamer zu gestalten, was automatisch die Abwehrstärke erhöhen und damit dem erstrebten Ziel, der Vermeidung des Krieges, dienen dürfte. Die Entwicklung in Richtung kleiner Kaliber schreitet fort, denn gerade daran sind die militärischen Fachleute interessiert und nicht an den Superbomben des Megatonnenbereiches; mit ihnen kann man höchstens Völker erschrecken und erpressen, aber keineswegs den Gang der Ereignisse auf dem Gefechtsfeld mehr beeinflussen. Morgen schon wird man Atomsprengekörper aus Mw. des Bat. verschießen, und übermorgen ist vielleicht das wirksamste Panzerabwehrgeschöß eine Atomgranate, verschossen aus einer Pak. Und wer dann nicht technisch Schritt zu halten vermag oder nicht will, dessen Armee und auch dessen Abwehrwillen werden von der Umwelt nicht mehr ernst genommen, und dessen Soldaten mutet man vielleicht eines Tages zu, trotz aussichtsloser bewaffnungstechnischer Unterlegenheit ihr Leben für die Verteidigung der Freiheit einzusetzen.

Wollen das die Initianten und ihre Mitläufer? Wenn nicht, warum streuen sie dann Sand in den bewährten bisherigen Gang des Getriebes?

An Bord eines Atom-U-Bootes

Ein harter Dienst und eine «Schicksalsgemeinschaft für sich»

Der große Verlust des Atom-U-Bootes «Thresher» ist das schwerste Unglück, von dem die amerikanische Marine in Friedenszeiten je betroffen wurde. Eine 129köpfige Besatzung fand dabei den Tod, und selbstverständlich ist auch der Untergang des Schiffes, das Millionen Dollars kostete, ein schwerer Schlag. Zweifellos wird man alles daran setzen, um das Schicksal dieses ersten gesunkenen amerikanischen Atom-U-Bootes zu ergründen und daraus die Lehren ziehen zu können. Aber einmal mehr wird man bei dieser Schiffskatastrophe vor die Tatsache gestellt, daß trotz aller Technik und Sicherung immer wieder Lücken bestehen, die einem von Menschenhand geschaffenen Werk je und je anhaften...

*

Das Atom-U-Boot ist heute auf dem Gebiet der Seefahrt einer der interessantesten, aber auch kompliziertesten und zugleich auch gefürchtetsten Schiffstypen. Als Weiterentwicklung eines gewöhnlichen U-Bootes verfügt nun das mit Atomenergie betriebene U-Boot über ein Leistungsvermögen, das alle seine Vorgänger weit in den Schatten stellt.

Das erste Atom-U-Boot der Welt,

die von den Amerikanern erstellte «Nautilus», hat bereits eine vieljährige See-Erfahrung hinter sich. Die Fachleute sind höchst erstaunt und sehr befriedigt (ein Unglück kann diese Tatsachen nicht schmälern) über die Leistungen dieses neuen Tauchertyps. Alle Erwartungen sind hinsichtlich der technischen Leistungsfähigkeit sowie des «idealen Umganges» mit diesem neuen U-Boot nicht nur erfüllt, sondern weitaus übertroffen worden. Die «Nautilus» wurde somit zum Prototyp einer neuen Schiffsbau-technik und zum Bau weiterer solcher Atom-U-Boote. Heute besitzt Amerika bereits eine Atom-U-Boot-Flotte von etwa 40 bis 50 Einheiten.

Die größten Atom-U-Boote der Welt werden mit einem «Klumpen Metall» betrieben

Mit einer durchschnittlichen Länge von 100 m verfügt Amerika über die größten Atom-U-Boote der Welt (auch Rußland hat eine solche Flotte, doch ist über deren Zusammensetzung und die einzelnen Schiffe nichts Näheres bekannt). Sie sind also größer als manche Zerstörer und benötigen als Kraftquelle statt Hunderte von Tonnen Heizöl nur einen Klumpen metallischen Urans — nicht viel größer als ein Ei! Da das Atom-U-Boot durch eine Frischluftanlage, die mit Fla-